

## **Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung - stoppt den Krieg!**

**Einreicher:innen:** Ladesprecher:innenrat

### **Antragstext:**

Kaum jemand bezweifelt noch die Unrechtmäßigkeit des Angriffskrieges, welches das russische Militär auf Befehl Putins in der Ukraine führt. Wir als Linksjugend [solid] Thüringen verurteilen diesen Krieg. Gerade jetzt ist es besonders wichtig sich an die Seite der Ukrainer:innen zu stellen, welche sich gegen den russischen Imperialismus zur Wehr setzen. Wir fordern ein Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Das sinnlose Töten, die Bombardierung der Städte, die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur, Millionen von Ukrainer:innen, die ihr Zuhause verlassen müssen - all das sind unvorstellbar katastrophale Zustände, die keinen Tag länger andauern dürfen.

Obwohl seit Ende Februar das russische Militär jeden Tag das Leben von ukrainischen Zivilist:innen bedroht und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine mit Füßen tritt, sind manche Menschen in der politischen Linken nicht in der Lage von alter Ost- West-Rhetorik abzuweichen. Auch wenn die Unrechtmäßigkeit von Putins Angriffskrieg nicht mehr zu leugnen ist und sein Regime als eindeutiger Aggressor zu bezeichnen ist, wird der NATO gerne eine erhebliche Mitschuld an diesem Krieg gegeben und nicht selten kommt es vor, dass Texte oder Reden mit der Forderung enden, dass auch die NATO sich von der Ukraine fernhalten sollte. Aber die NATO ist nicht in die Ukraine einmarschiert. Die NATO hat auch nicht interveniert, als Russland die Krim annektierte oder als pro-russische Separatisten im Donbass einen Bürgerkrieg anzettelten. Auch der Beitritt der Ukraine in die NATO wurde immer wieder abgelehnt und wurde erst mit der aktuellen Eskalation ernsthaft in Erwägung gezogen. Wo liegt also diese so oft beschworene Eskalationsbereitschaft der

NATO? In dem Beitritt der osteuropäischen Staaten? Ist es eine Eskalation, wenn souveräne Staaten entscheiden, dass sie aus freien Stücken einem militärischen Verteidigungsbündnis beitreten wollen? Diese Sichtweise wäre nicht nur verkürzt, sondern relativiert ebenso die tatsächliche geopolitische Lage in Osteuropa und die Bedrohung durch Russland.

Natürlich kann man über die NATO als eine Institution der Vertretung vermeintlich westlicher Interessen diskutieren und ohne Zweifel hat auch die NATO in ihren zweifelhaften Auslandseinsätzen den Menschen vor Ort keinen Frieden gebracht. Dennoch ist es mehr als zynisch im Kontext des Ukrainekrieges der NATO eine führende Eskalationsrolle zu zuschreiben. Teile der politischen Linken in Deutschland und anderen westlichen Staaten haben viel zu lange Russland und andere Autokratien verharmlost oder gar verteidigt. Dieser falsch verstandene Antiimperialismus muss spätestens jetzt ein Ende finden.

Aber auch die Solidarität mit der Ukraine oder der ukrainischen Bevölkerung nimmt mitunter absurde Ausmaße an. Pazifismus ist ein Valides und in unserer Zeit leider zu selten vertretene Überzeugung. Wer jedoch aus Pazifismus fordert, die Ukrainer\*innen mögen einfach aufgeben, damit endlich Frieden herrsche, hat jeden Bezug zur Realität verloren. Die Ukraine mag kein perfekter Staat sein. Wie es kein Nationalstaat je sein wird. Aber in der Wahl zwischen Übeln ist die ukrainische Demokratie der autoritären Regierung um Längen vor zu ziehen. Daher verstehen und unterstützen wir den Wunsch der ukrainischen Bevölkerung sich der Eroberung und Unterdrückung durch das russische Militär auch gewaltsam zu widersetzen. Auch braucht einen Schuldenschnitt für die Ukraine! Die Kosten dieses Verteidigungskriegs dürfen nicht im Anschluss an die

Verwüstungen des Krieges auch noch in Form der zahlreichen Kriegskredite eine weitere Last sein, die wir den Menschen in der Ukraine aufbürden!

Wir als Linksjugend sprechen uns deshalb in erster Linie für eine Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung aus. Das bedeutet Solidarität mit ihrem Kampf, solange sie dazu bereit ist aber auch Solidarität mit jenen, welche nicht bereit sind zu kämpfen.

Deshalb fordern wir die Thüringer Landesregierung auf ein spezielles Aufnahmeprogramm für ukrainische und russische Kriegsdienstverweigerer in die Wege zu leiten.

Solidarität muss auch praktisch sein. Wir befürworten daher Sanktionen gegen die russische Elite, um Putin und seinen Machtapparat, welche den Krieg zu verantworten haben, empfindlich zu treffen. Ein Großteil des Vermögens russischer Oligarchen liegt im europäischen Ausland. Es wird höchste Zeit dieses Vermögen zu konfiszieren und zu vergesellschaften, auch wenn das ebenso die Interessen der hiesigen Vermögenden gefährdet. Trotz seines Angriffskrieges wird Putin noch immer von einem nicht unerheblichen Teil seiner Bevölkerung unterstützt - sei es aus ideologischen Gründen oder als Folge von staatlicher Desinformation. Wir sind solidarisch mit allen, die aktuell trotz aller Gefahren in Russland gegen den Krieg protestieren und allen Journalist:innen, die für die Berichterstattung über die wahren Umstände kriminalisiert werden. Wenn Putins Rückhalt im eigenen Land bröckelt, besteht Hoffnung für ein Ende des Krieges. Darauf bauen wir. Während wir Sanktionen mit voller Härte gegen Putin und seine oligarchischen Unterstützer befürworten, treten wir bei Sanktionen gegen die russische Bevölkerung für Verhältnismäßigkeit ein. Die russische Bevölkerung leidet bereits jetzt durch die extreme Ungleichheit in ihrem Land.

Es ist nachvollziehbar und moralisch vertretbar, dass viele Menschen aus dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine und der Solidarität mit der ukrainischen

Bevölkerung auch Waffenlieferungen aus Deutschland befürworten. Wir halten Waffenlieferungen dennoch für politisch falsch. Es müssen alle alternativen Wege ausgereizt werden, um den Krieg zu beenden. Das konsequente Vorgehen gegen die russischen Eliten, die Putins Regime stützen wäre erfolgsversprechender als eine Region auch mittelfristig mit noch mehr Waffen auszurüsten, die noch mehr Menschen töten werden. Die Waffen, die die deutsche Bundesregierung derweil an die Ukraine lieferte, sind ein Tropfen auf den heißen Stein und dienen nur dem eigenen Gewissen. Darüber hinaus bleibt zu erwähnen, dass Putin irgendwann weitere und größere Waffenlieferungen als Kriegsbeteiligung der NATO werten könnte. Eine Ausweitung des Krieges bis hin zu einem potenziellen NATO-Bündnisfall muss unbedingt verhindert werden. Statt über Waffensysteme müssen wir über eine multilaterale Sicherheitsordnung und Formen des nicht-militärischen Widerstands sprechen.

Über die Pläne der Bundesregierung, eine massive Aufrüstung der Bundeswehr um ein zusätzliches Sondervermögen von 100 Milliarden € vorzunehmen, sind wir wütend und schockiert. Während in den Feldern des Klimaschutz, der Bildung oder des Gesundheitssystems die Schuldenbremse als Totschlagargument dient, ist man für die weitere Militarisierung Deutschlands bereit diese aufzuheben. Welch ein Hohn. Wir schließen uns damit dem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis an, welches sich gegen diese Pläne stellt und einen entsprechenden Appell formuliert hat: [www.derappell.de](http://www.derappell.de) .